



PHILOSOPHISCHER FAKULTÄTENTAG

HOCHSCHULPOLITISCHE VERTRETUNG DER GEISTES-, KULTUR-
UND SOZIALWISSENSCHAFTEN AN DEN DEUTSCHEN UNIVERSITÄTEN

Der Vorsitzende

Einige Thesen zur Universitätsreform

(Prof. Dr. Reinhold R. Grimm)

"Wie viel Reform braucht die Universität?" Die Frage beantwortet sich natürlich von selbst: die Universität braucht immer möglichst viel Spielraum für Reformen. Das Problem liegt anderswo: nicht jede Änderung ist schon innovativ, nicht alles, was sich Reform nennt, ändert wirklich etwas in der Sache. Und so sollte auch nicht jede differenzierte Haltung als antireformerisch denunziert werden. Oft ist es der Begriff der Reform selbst, der auf den Hund gekommen ist. Nicht jede technokratische Neuerung kann den Anspruch auf die schöne Bezeichnung "Reform" erheben.

Ohne politischen Druck gibt es keine Reformen. Institutionen reformieren sich in der Regel nicht von innen, sondern reagieren auf Veränderungsdruck von außen. Das gilt natürlich auch für die Universitäten, die als alte Institutionen in dieser Hinsicht zumindest mit den Kirchen vergleichbar sind: *ecclesia semper reformanda*. Dieser Sachverhalt rechtfertigt es aber nicht, den hochschulpolitischen Reformdiskurs, wie es gerade üblich ist, pseudoreligiös zu überhöhen und nach einem allzu schlichten Modell überall nur noch Reformen oder Reaktionäre am Werk zu sehen. Das scheint mir alte, längst überholte Fronten aus der Zeit nach 1968 zu wiederholen, wo doch heute, so möchte ich vermuten, die vermeintlich einfachen Lösungen, die Technokraten (in allen Parteien) vorschlagen, dem Gedanken der Universität viel gefährlicher sein dürften.

Zu einem (hochschul)politikfähigen Reform-Diskurs gehört deshalb, neben einem geziemenden Minimum von Bescheidenheit, auf allen Seiten der Verzicht darauf, ewige Wahrheiten zu verkünden. Wenn eine Wissenschaftsministerin auf einer Plenarversammlung des Philosophischen Fakultätentages in ihrem Bundesland erklärt, sie wolle die Habilitation deshalb abschaffen, weil sie Abhängigkeiten überall abschaffen wolle, verkennt dies institutionelle Grundregeln ebenso, wie wenn andere eine genaue Prozentzahl fauler Professoren kennen.

Institutionen haben ihre Spielregeln. Dazu gehört auch, dass sie dazu neigen, in erster Linie ihre eigenen Interessen zu vertreten. Dies gilt übrigens auch für die Hochschulrektorenkonferenz, die nicht ohne weiteres den Anspruch erheben kann, die ganze Universität zu vertreten. Sie vertritt vielmehr das mehr und mehr professionalisierte Spitzenmanagement der großen Apparate, die Universitäten heutzutage sind, was nicht heißt, dass sie damit zugleich die wohlverstandenen Interessen aller Fächerkulturen an unseren Universitäten verteidigen. Und es gilt natürlich auch für die Fakultätentage und Fachgesellschaften, dass sie nicht die Universität als ganze vertreten. Nur eine Vielzahl von Stimmen kann zu Reformen führen, die diesen Namen verdienen.

Allerdings habe ich den Eindruck, dass zur Zeit eine zu kleine Gruppe von "Stichwortgebern" die hochschulpolitische Debatte beherrscht, deren Thesen von einer im Grunde konzeptionslosen Politik im Bund und in den Ländern unbesehen aufgegriffen werden. Sogenannte Insider propagieren flächendeckende Reformmodelle, verweisen auf wirkliche oder vermeintliche amerikanische Vorbilder - andere scheinen nicht mehr in den Gesichtskreis zu treten - und übersehen in der Sache begründete Unterschiede zwischen den Fächerkulturen an unseren Universitäten. In der Entwicklung der deutschen Hochschullandschaft stehen zur Zeit vermeintliche oder wirkliche angelsächsische Modelle im Vordergrund. Dabei wird ein vor allem im Bereich der Technikwissenschaften und der experimentellen Naturwissenschaften entwickeltes Ausbildungsmodell umstandslos flächendenkend dem gesamten Hochschulsystem übergestülpt. Oft wird vergessen, dass sich nicht einzelne Elemente aus anderen Hochschultraditionen einfach übernehmen lassen, ohne dass das gesamte System ins Ungleichgewicht gerät.

Dazu kommt, dass sich die Hochschulpolitik oft ihre Ziele ausschließlich von vermeintlichen oder wirklichen ökonomischen Rahmenbedingungen diktieren lässt. Konkurrenz, Effizienz und Leistung, die derzeit gängigen Schlagworte, lassen sich aber nicht ausschließlich ökonomisch deklinieren. Vermeintliche, oft nur vermutete ökonomische Effizienz ist kein hinreichendes Konzept zur Entwicklung vernünftiger hochschulpolitischer Modelle. Die Entwicklung von Studiengängen, die unmittelbar ökonomisch einsetzbare Absolventen produzieren, war schon immer ein unerfüllbarer Wunschtraum von Technokraten. Natürlich lassen sich komplizierte Apparate wie unsere Universitäten nicht mehr in der überkommenen Weise "managen". Dies kann aber nicht heißen, dass kurzsichtige und vor allem kurzfristige Effizienzgesichtspunkte die Fächer, die Ausbildungsgänge und den wissenschaftlichen Nachwuchs ausschließlich bestimmen. An Universitäten werden nicht Autos produziert, sondern junge Menschen ausgebildet, eine gesellschaftliche "Dienstleistung", die keinen Gegensatz von "Ausbildung" und "Bildung" verträgt. Es müssen also Strategien entworfen werden, die nicht nur rasch überholte oder nicht mehr nachgefragte Ausbildung, sondern auch Breite, Vertiefung, kurzum Bildung belohnen. Diesen, übrigens mittelfristig auch ökonomisch sinnvollen Zielsetzungen wird eine fatal kurzsichtige, technokratische und auf unmittelbare ökonomische Umsetzung abzielende Hochschulpolitik nicht gerecht.

Oder nehmen wir das Stichwort der Internationalisierung. Es ist sehr auffällig, dass der entstehende Europäische Hochschulraum und der sogenannte Bologna-Prozess eine überraschend geringe Rolle in der Reformdebatte spielt. Im Hochschulreformspezialistendiskurs ist "international" immer schon mit "amerikanisch" gleichgesetzt und das in dieser Schlichtheit gar nicht existierende angelsächsische Universitätssystem zur nach-nationalen Einheitsinternationalität erhoben. Eine solche Reduktion der europäischen Vielfalt ist nicht nur in den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften ebenso absurd wie unsinnig. Wenn der Europäische Hochschulraum mit der Reduktion des sprachlichen und fachsprachlichen Reichtums seiner Universitätstraditionen beginnt, wird er auch im internationalen Wettbewerb keinen Erfolg haben, vielmehr den durchaus konkurrenzfähigen Reichtum europäischer Hochschultraditionen irreparabel beschädigen.

Es kommt vielmehr darauf an, von einer oberflächlichen kosmetischen Operation, wie sie vielerorts stattzufinden scheint, zu einer vertieften Integration unter

Respektierung der ausdifferenzierten Fächerkulturen und nationalen Besonderheiten zu kommen und die nationalen Strukturen der Hochschulorganisation zu verändern. Es genügt nicht, (1) mit dem ECTS eine Transferwährung zu schaffen, (2) gestufte Studiengänge flächendeckend einzuführen, (3) Englisch (oder was man dafür hält) als universitäre Referenzsprache zu propagieren und dabei im Grunde nicht an Europa, sondern an das amerikanische Universitätssystem (oder was man dafür hält) zu denken. Die Vertiefung der Bildungskoooperation innerhalb der Europäischen Union setzt vielmehr inhaltliche Debatten voraus.

Dabei müssen die ausdifferenzierten Fächerkulturen mit ihren durchaus verschiedenen Voraussetzungen und Arbeitserfordernisse wieder eine größere Rolle spielen. Die Vielfalt, Eigenständigkeit und Besonderheiten der wissenschaftlichen Disziplinen müssen gerade angesichts der zunehmenden Globalisierung weiterzuentwickeln und so die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Universitätsausbildung erhalten und gestärkt werden. Deshalb muss es Reformen mit Augenmaß geben, die sich bewusst gegen das Monopol eines einzigen hochschulpolitischen Denkansatzes aussprechen. Warum sollte es nicht möglich sein, in den verschiedenen Fächerkulturen verschiedene Formen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (Juniorprofessuren und Habilitation) konkurrierend zuzulassen? Warum sollten nicht in den verschiedenen Fächerkulturen sachgerecht und konkurrierend gestufte BA/MA-Studiengänge, aber auch, wo dies sachgerecht ist, auch traditionelle Diplomstudiengänge möglich sein? Warum sollte die Deutsche Forschungsgemeinschaft nicht Förderungsbedingungen nach Fächerkulturen ausdifferenziert gestalten, statt mehr und mehr einem Modell zu folgen. Warum sollten die Organisationsformen der Universitäten nicht differierenden Modellen folgen?

Die europäische Hochschulpolitik sollte sich für Vielfalt entscheiden und konkurrierende Modelle der Universitätsreform wagen. Nur so kann den nicht immer vereinbaren Bedürfnissen der Fächerkulturen Rechnung getragen und der Rahmen für einen internationalen Wettbewerb geschaffen werden, in dem auch unsere Universitäten gute Chancen haben.